

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einschaltung monatlich 4 M., durch unsere Nachfolger zugerechnet in der Stadt monatlich 4.40 M., auf dem Lande
4.80 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie
andere Ausleger und Briefkästen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Gewitter, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 M. für die 6geheilten Korpuszeile oder deren Raum, Letzterpreis 60 Pfg., Zeilen 2.50 M.
Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (mit
Ausnahme der 2geheilten Korpuszeile 1 M., Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg., Anzeigenannahme bis zum 11. Uhr
des Tages). Für die Nichtleistung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzei-
gennehmer ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 30.

Sonnabend den 5. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Reichen b. W. erloschen ist, wird die
Gemeinde nunmehr von der Sperre und Beobachtung befreit.
Reichen, den 3. Februar 1921.

Nr. 1845 b. V.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tage-
blatt“, das einen weitver-
zweigten u. kaufkräftigen Leserkreis
besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Ministerpräsidenten der deutschen Gliedstaaten sind
nach Berlin geladen. Hier wird unter Vorsitz des Reichskanz-
lers und im Beisein des Reichspräsidenten die außenpolitische
Lage besprochen werden.

* In Magdeburg wurde der Kommunist Vater wegen
Futschverdacht verhaftet.

* Die Wahlen zur Berliner Studentenvertretung ergaben
eine deutschsozialistische Zweidrittel-Mehrheit.

* Die argentinischen Frauen erließen in einer Bittschrift den
Papst für die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem
besetzten Rheinland einzutreten.

Die Ausfuhrabgabe.

Aber die wirtschaftliche Tragweite der Pariser Be-
schlüsse gibt sich wohl kein Deutscher irgendwelchen Ein-
sicht hin, man kann sogar annehmen, daß selbst in
Frankreich und England jeder, der wirtschaftlich denken
kann, sich über sie im Klaren ist. Die deutsche Volkswirt-
schaft soll erdrosselt werden; das Eigentümliche dabei ist
nur, daß man, ganz wie im Versailler Friedensvertrage
selbst, die Henne gleichzeitig schlachten und goldene Eier
legen lassen will. Das tritt nirgends klarer zutage, wie
bei der vorgeschlagenen Ausfuhrabgabe, die ja überhaupt
ein etwas eigenartliches Gewächs ist. Ausfuhrabgaben
an sich sind ja, wenn sie auch nicht gerade häufig vorkom-
men, wirtschaftlich nichts ausgesprochenes Neues, aber
man ist bisher immer davon ausgegangen, daß sich mit
solchen Ausfuhrabgaben nur Waren belasten ließen, die
das Ausland unter allen Umständen kaufen mußte — be-
kannteste Beispiele chilenischer Salpeter und brasilianischer
Kaffee. Bei diesen hat sich die Ausfuhrabgabe während
ihres Bestehens mehrfach für das Geschäft so hinderlich er-
wiesen, daß sie ermäßigt oder außer Kraft gesetzt werden
mußte. Beim Chilesalpeter scheint man jetzt so weit zu
sein, daß die Ausfuhrabgabe der Ausfuhr ausgesprochen
schädlich werden; auch dort spricht man jetzt nicht selten
von Ermäßigung oder Aufhebung. Aus den letzten Jahren
ist auch die Ausfuhrabgabe für argentinischen Weizen ein
recht bezeichnendes Beispiel. Auch dort ließ sie sich nur
so lange unangesehen aufrechterhalten, wie der argen-
tinische Weizen nahezu wettbewerbslos dastand.

Und nun übertrage man die Erfahrungen, die sich aus
solchen Beispielen ergeben, einmal auf die deutschen Ver-
hältnisse. Von Waren, die Deutschland allein liefern
könnte, gibt es bekanntlich nicht eine mehr, denn das
deutsche einseitige Naturmonopol für Kali gehört seit der
Annektion des Elsas der Vergangenheit an. Vielleicht
aber liegt gerade hier ein Grund für die französische In-
stimmung zu diesem Plan. Denn der Kalligruben des
Elsasses könnte natürlich gar nichts Besseres ergeben, als
wenn ihr einziger Wettbewerber mit einer Sonderabgabe
von einem vollen Ahtel des Preises belastet würde. Daß
deshalb die Deckung des Weltbedarfs an die elssässigen
Gruben überginge, ist allerdings unwahrscheinlich; ihren
französischen „Erwerbem“ würde aber ein sehr schöner
Übergewinn zufließen. — Das ist aber ein Einzelfall. Im
übrigen erzeugt Deutschland nur Waren, in denen es den
schärfsten Wettbewerb mit den anderen Industriestaaten
aufnehmen muß, einen Wettbewerb, in dem es schon da-
durch benachteiligt ist, daß es, außer Kohle, Rohstoffe in
nur verhältnismäßig geringem Umfange sein eigen nennt.
Die Ausfuhrabgabe aus dem Hinterland der Welt ist ja
nach allen Erfahrungen etwas ganz Vorübergehendes.
Mit anderen Worten: der für die französisch-englischen
Taschen bestimmte Ausfuhrzoll von einem Ahtel würde
die deutsche Industrie zwingen, die Selbstkosten um dieses
Ahtel zu erniedrigen. Welches ist aber seit jeher und jetzt
mehr als je der wichtigste und größte Teil der Selbst-
kosten? Der Arbeitslohn. Dieser würde also unter allen
Umständen aufs Schärfste heruntergedrückt werden müssen,
um den Forderungen des Verbandes zu genügen, — eine
Tatsache, an der auch die infolge der alsdann zweifellos
zu erwartenden neuen Senkung des Marktwertes alsbald
wieder eintretenden Senkungen des Geldlohnes nichts
ändern würden. Denn wenn vom Wert der deutschen
Gütererzeugung von vornherein ein Ahtel für die ange-
gebenen Wiedergutmachungszwecke beschlagnahmt wird, so
bleibt eben für den Bürger Deutschlands ein Ahtel
weniger übrig. Und ob er für seinen Anteil dann hun-
dert oder 20 000 Papiermark bezahlen muß, um einmal die
Spanne besonders stark zu wählen, ist ganz gleichgültig;
das teurer bezahlte Ahtel Brot fähig auch nicht mehr, der
teurer bezahlte Anzug hält auch nicht länger.

Um aber den volkswirtschaftlichen Schaden voll zu
machen, sind bekanntlich mit der Ausfuhrabgabe unge-
heuerliche feste Entschädigungen verflochten, Summen, die

nur durch Warenausfuhr in allergrößtem Maße bezahlt
werden können. Das heißt also, man schränkt auf der
einen Seite die Verbrauchsfähigkeit Deutschlands aufs
äußerste ein, wahrscheinlich sogar ganz erheblich unter das
Existenzminimum, sagen wir etwa der Zeit des dreißig-
jährigen Krieges, man vermehrt aber gleichzeitig die auf
den Weltmarkt geworfenen Warenmassen ins Unendliche
dadurch, daß man Deutschland zwingt, um jeden Preis
für den Weltmarkt zu produzieren, — und zwar im
wesentlichen Waren, die andere auch erzeugen, nicht etwa
Lebensmittel, in denen ja der Weltmarkt eine Mehrver-
sorgung nach dem Ausscheiden Deutschlands recht gut ge-
brauchen könnte. Auf diese Art werden die Wirkungen des
russischen Beispiels natürlich ins Tolle übersteigert wer-
den. Russland selbst dem Weltmarkt zurzeit als Abnehmer
völlig, was neben dem teilweisen Ausscheiden Mittel-
europas an der Schwere der Weltwirtschaftskrise schuld
ist, in die wir eingetreten sind. Es fehlt aber auch als
Lieferer von Industriewaren, — und hier hört die Ähn-
lichkeit mit Deutschland auf. Die Wollspinner von Brad-
ford, deren beste Abnehmer in Deutschland saßen, die eng-
lischen Ausfuhrhäuser, zu deren größten Abnehmern eben-
falls Deutschland zählte, werden die Folgen von Versailles
zweiter Auflage bald noch kräftiger verspüren, als sie sie
von der ersten Auflage empfanden. Und auch der Ab-
satzraum für französische Luxuswaren dürfte sich bald
empfindlich weiter verengern. Am gespanntesten darf man
übrigens darauf sein, wie die Arbeiter der übrigen Staa-
ten sich zu den Pariser Beschlüssen und ihren Folgen ver-
halten werden. Denn daß der Lohndruck auf Deutsch-
land beschränkt bliebe, ist natürlich ausgeschlossen. Der
erzwungene deutsche Wettbewerb wird außerdem überall
die Arbeitslosigkeit großen Maßstabes zur Dauererich-
tung machen. Und an diesem, für alle Industriestaaten
rühmlichen Wettbewerb würde auch die sorgsam aus-
geklügelte Ausfuhrabgabe nichts ändern können. L. S.

Unannehmbar!

Die gefahrene deutsche Front.

Regierung, Reichstag und das deutsche Volk sind so
einig wie noch nie zuvor in der unbedingten Ablehnung
der wahnwitzigen Ententeforderungen, die auf Generatio-
nen hinaus eine Knechtschaft für das deutsche Volk bedeuten
würden. Eine einzige traurige und kümmerliche Aus-
nahme bilden die Moskowitzer der äußersten Linken, die
Leute um Levi und Hoffmann, von denen bezeichnender-
weise der „Vorwärts“ in seinem Stimmungsbild über die
Reichstagsstimmung vom Mittwoch sagt: „Und nun waren
auch alle Kadavergeister des letzten linken Blattes losge-
lassen. Es ist eine Schande für die Arbeiterklasse, daß das,
was sich in jenem Winkel herumdrückt, als Arbeiterver-
treter gelten will. Wir rücken weit davon ab.“ Dieser
Knechtschaft braucht man nichts hinzuzufügen, denn sie
ist deutlich genug.

Erklärung des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
der Christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung um-
fassende Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Ver-
treterkonferenz Stellung zu den Reparationsbeschlüssen der
Alliierten in Paris.

Einmütig erklärte die Versammlung darin das Be-
streben, unter dem Namen und Schiene der Wiedergut-
machung die völlige Verflaumung des deutschen Volkes her-
beizuführen. In der kurzen Zeit des Bestehens bereits
ungezählte Male von Deutschlands Wegnern überschritten,
werde der Beitrag von Versailles nunmehr offen beiseite
geschoben. Verpflichtungen aus ihm für die Entente wür-
den mißachtet, selbst auf den Anschein, den sogenannten
Friedensvertrag als ein Instrument des Friedens anzu-
sehen, komme es den Gegnern offenbar nicht weiter an.

In einer Entschließung erklärt die Vertreterkonferenz
u. a.: „Dem Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbeson-
dere der lediglich auf die Anstrengungen von Kopf und
Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer,
gibt es auf die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche des
Pariser Reparationsplanes nur die eindeutige Antwort:
Nein! Das gilt von vertragswidrigen Zusatzen, wie
dem Verlangen, 20jährige Zahlungen für Summen,
die in der vertraglichen 10jährigen Höchstdauer der Be-
lastung aus Deutschland herauszubolen sogar die Entente
für unerfüllbar ansieht; es gilt allgemein von der wirt-
schaftlichen Festsetzung der Summen ohne Rücksicht auf die
Vertragsverpflichtung, sie dem Deutschen Volke auf
Grund wirklicher, im einzelnen nachzuweisender Schaden-
organismen zu bemessen. Vor allem gilt es, von dem
Verlangen einer 12prozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten
der gegnerischen Staaten, welche die deutsche Volkswirt-

schaft in einen Frontdienst für das feindliche Ausland, die
deutsche Ausfuhr zum wertlosen Schatten einer solchen und
die Ernährung weitester Kreise unseres Volkes zu einem
unabsehbaren Hungerdasein herabzudrücken droht. Ent-
venarbeit will der Deutsche, werden unsere deutschen
Arbeiter und Angestellten niemals tun! Lasten in der
hinlosen, nicht einmal durch Deutschlands gesamtes Natio-
nalvermögen zu deckenden Höhe, sowie unter Bedingungen,
welche Schweiß und Mühe deutscher Arbeit für alle Zeit
zur Hoffnungslosigkeit verdammen würden, darf kein Volk
übernehmen, das für seine Pflichten noch Ehre und stiel-
liche Begriffe anerkennt. Namens der zwei Millionen im
Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter, Ange-
stellten und Beamten fordern wir daher alle Parteien,
Berufsverbände und sonstigen für Deutschlands Zukunft
mitverantwortlichen Organisationen auf, die Regierung
in ihrem schweren Abwehrkampf nachhaltig zu unter-
stützen.

Zur Einladung nach London

Nach den Angaben der Pariser Presse beschäftigen sich
die amtlichen Kreise in Paris mit der Frage, welche Maß-
nahmen die alliierten Regierungen ergreifen sollen gegen-
über den Erklärungen, die Minister Dr. Simons im
Namen der deutschen Regierung im Reichstag abgegeben
hat. Man meint, daß die Ablehnung der Entente-Beding-
ungen seitens des Reiches weniger fest sei, als es im
ersten Augenblick den Anschein hatte. Die festigen Proteste
die die Erklärungen begleiten, lassen darauf schließen,
und wenn man den Text etwas näher betrachtet, so müsse
man bemerken, daß Dr. Simons sich keineswegs festgelegt
habe, im Gegenteil, er hat sich sehr vorsichtig ausgedrückt,
indem er sagte, Deutschland hätte noch keine Einladung
nach London erhalten. Die Deutschen wissen sehr gut,
unter welchen Bedingungen sie nach London gerufen wer-
den, sie wissen sehr gut, daß diese Bedingungen die glei-
chen sein werden wie in Spa. Diplomatische Kreise sind
überzeugt, daß es in London ebenso sein werde. Die
Deutschen wissen ganz gut, daß man weit davon entfernt
ist, sie nicht anhören zu wollen. Den Erklärungen Lloyd
Georges zufolge sollen sie sich darauf beschränken, zu be-
weisen, worin die Unausführbarkeit der in Paris be-
schlossenen Klauseln besteht. Der englische Premier er-
wartet diese Beweisführung.

Deutschlands Etat unter Kontrolle.

Die Befehle der Entente.

Der Anhang 1 aus dem Bericht der alliierten Sach-
verständigen auf der Brüsseler Konferenz, der vom 11. No-
vember datiert ist und die deutsche Regierung und das
deutsche Budget betrifft, ist in Paris amtlich veröffentlicht
worden. Der Bericht besagt, daß die in dem Haushalts-
plan für 1920 eingeleiteten Fesseln nur unter Vorbehalt an-
genommen werden könnten, besonders bezüglich der im
Budget zur Ausführung des Friedensvertrages einge-
legten Kredite, zu deren Festsetzung es der deutschen Be-
waltung auch an den erforderlichen Angaben fehle.

Zu beachten sei bei der Betrachtung des Budgets die
Erklärung des Finanzministers Wirth im Reichstag am
27. Oktober 1920, daß der Etat zur Ausführung des
Friedensvertrages das beste Agitationsmittel sei, über das
das deutsche Volk verfüge, und in der ganzen Welt ver-
breitet werden müßte. Die Sachverständigen haben her-
vor, daß der Etat für auswärtige Angelegenheiten von
24 auf 295 Millionen und für das Innere von 19 auf
1435 Millionen gestiegen sei. Die Ausgaben für Post-
und Telegraphenwesen beliefen sich für das Personal auf
5366 gegen 756 Millionen im Jahre 1919. Die Ausgaben
zur Ausführung des Friedensvertrages könnten verringert
werden. Die deutsche Regierung übernehme Ausgaben,
zu denen sie nicht verpflichtet sei. Hinsichtlich der Ein-
nahmen des deutschen Budgets betonten die Sachverständigen,
daß die Steuern auf alkoholische Getränke viermal
weniger einbrächten als in England und sechs mal weniger
als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak,
Kaffee und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker sei
nicht hoch und bilde nur den 25. Teil der Steuerein-
nahmen, während sie z. B. in Italien 1/3 derselben aus-
mache. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Prozent
würde einen Mehrbetrag von zwei bis drei Millionen er-
geben. Auch die Zollerträge könnten vermehrt werden
und ihre tatsächliche Erhöhung sei wünschenswert. Denn
die Löhne und Rohstoffe würden in Deutschland nicht im
Verhältnis zu dem niedrigen Wert des Papiergeldes